

(Vizepräsident Andreas Gram)

Die Drucksache 17/1980 neu ersetzt die ursprüngliche Drucksache 17/1980. – Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die erste Lesung. Es gilt auch hier wieder die Regelung im Prioritätenblock. Hier beginnt die Fraktion der SPD. – Es hat das Wort der Kollege Schneider. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was lange währt, wird gut. Wir setzen das um, was wir mit Ihnen in den Haushaltsberatungen schon diskutiert haben, und legen dem Hohen Haus heute einen Gesetzesentwurf vor, der sicherlich im Hauptausschuss an der einen oder anderen Stelle diskutiert werden kann. Ich höre die Signale der Opposition mit Presseerklärungen und dergleichen mehr, dem Grundansatz durchaus zuzustimmen, der für uns aber drei wichtige Entscheidungen trifft, die ich hier kurz skizzieren will. Im Detail werden wir das dann hier in der zweiten Lesung besprechen.

Erstens: Diese Koalition – und da bedanke ich mich ausdrücklich bei den Fachpolitikern unserer Fraktion – hat die Kraft, den Konsolidierungskurs, den dieses Bundesland nötig hatte und hat, fortzusetzen, und schreibt, und das ist eine bemerkenswerte Entwicklung, als erstes Bundesland in diesem Land von Gesetzes wegen eine Schulden tilgung etwaiger Überschüsse zu 50 Prozent fest. Das ist ein großer Erfolg.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Zweitens: Wir haben das in der Bundestagsdebatte erlebt: Immer wenn man zu einer schwarzen Null in Haushaltsdebatten keine substantielle Kritik üben kann, dann adressiert man die fehlerhafte Investitionsquote. Das ist ein üblicher Mechanismus und ich sage Ihnen, das kritisieren wir gar nicht – das würden wir in der Opposition genauso machen –, gleichwohl bleibt es natürlich Polemik. Wir haben die Kraft und uns darauf verständigt, und erneut großer Respekt vor unseren Fachpolitikern, die das auch mittragen und richtig finden, was eben Solidität von Politik zeigt: Wir schreiben fest, etwaige Haushaltsüberschüsse zur anderen Hälfte nicht zu konsumieren, sondern sie investiv zu binden, und auch das ist ein großer Erfolg.

[Zuruf von Uwe Doering (LINKE) –
Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Drittens: Wir haben Grund, so zu verfahren. Sie kritisieren natürlich, man müsste unter dem Gesichtspunkt von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit sozusagen punktgenau veranschlagen. Diese Einschätzung teilen wir nicht. Wir sind der Auffassung, dass ein Haushalt leben muss. Er muss die Regierung im Haushaltsvollzug in die Lage versetzen, auf unvorhergesehene Dinge zu reagieren. Das sind Größenordnungen von mehreren Hundert Millionen Euro. Ein Thema spielt dabei eine ganz zentra-

le Rolle, das Thema, das wir gesellschaftlich alle im Grundkonsens teilen: das Thema Flüchtlinge, die aus Verfolgungsgründen zu uns kommen. Der Haushaltsansatz für diesen Zweck beträgt 40 Millionen Euro, absehbare Kosten derzeit 170 Millionen Euro. Da muss ein Haushalt leben, auf so etwas muss reagiert werden können. Ich glaube, den Konsens können wir herstellen. Deshalb können wir keine Punktlandungen im Haushalt haben.

Ich will Ihnen sagen – ich will es heute auch ganz kurz machen –: Wir haben eine dritte Entscheidung getroffen. Anders als überall diskutiert worden ist, anders – jeder schreibt sich das zu, von den Grünen habe ich schon gehört: Das war doch unser Vorschlag, mehr zu investieren.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Euer Vorschlag, lieber Jochen Esser – damit erspare ich mir gleich die Kurzintervention, weil wir ein wenig in Zeitdruck sind –, war es, die Wasserbetriebe aus dem Haushalt zu finanzieren. Das haben wir aus gutem Grund für Quatsch gehalten.

[Steffen Zillich (LINKE): Nee! Das macht ihr doch gerade durch ständigen Einnahmeverzicht! –
Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN]

– Keine Aufregung, ganz entspannt! Wir brauchen nicht schon wieder einen Ältestenrat oder eine vertrauliche Sitzung. Den Quatsch hatten wir heute ja auch schon.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Das hat die CDU gemacht!]

– Ja. Also, so etwas!

[Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN]

Wir sind dem Vorschlag auch nicht gefolgt, so etwas im Vorfeld zu machen, so nach dem Motto: Die Stadt wächst, und nun müssen wir sofort mittels eines Sondervermögens eine Antwort darauf geben. Nein, wir haben gesagt, wir verarbeiten die etwaigen Haushaltsüberschüsse nach dem Haushaltsvollzug. Das ist die dritte Entscheidung, die wir richtig finden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Schneider! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt dem Kollegen Esser das Wort. – Bitte sehr!

Joachim Esser (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werter Kollege Schneider! Über die Sturzgeburt dieses Gesetzes, dringlich und jetzt in erneuerter Fassung, reden wir heute dann lieber nicht. Wir müssen aber schon darüber reden,